

Politik geht alle an

Im Februar wählen die Menschen in Deutschland eine neue Regierung. Du denkst, das kann dir egal sein, weil Kinder sowieso noch nicht wählen dürfen? Die Wahl betrifft dich trotzdem: Politiker und Politikerinnen treffen viele Entscheidungen, die auch dein Leben beeinflussen.

Unterhaltung

Das Internet ist nicht überall in Deutschland gleich gut zugänglich und auch der Handyempfang schwankt. Das kann bedeuten, dass etwa in ländlichen Gegenden die Internetverbindung nicht ausreicht, um Filme online zu schauen. Politiker und Politikerinnen können beschließen, dass Kabel verlegt oder Funkmasten gebaut werden, um auch entlegene Regionen zu erreichen. Auch der Jugendschutz ist eine Sache der Politik: Das sind Gesetze, die dafür sorgen, dass Kinder und Jugendliche besonders geschützt werden. So sind etwa Alkohol und Zigaretten für Kinder verboten, weil sie ihrer Gesundheit besonders schaden. Außerdem gibt es Regeln für die Nutzung von sozialen Medien oder dafür, wie lange Kinder und Jugendliche abends alleine draußen sein dürfen. Sportvereine, Schwimmbäder und andere Freizeitangebote können von der Förderung und Unterstützung (etwa durch Geld) von der Politik abhängen, ebenso wie Museen, Theater und Musikschulen.



Familie

Familien in Deutschland bekommen Kindergeld. Das sind aktuell je Kind 255 Euro im Monat. Die Bundesregierung und der Bundestag bestimmen die Höhe des Kindergeldes. Außerdem bestimmen sie, wie hoch das Elterngeld ist, also Geld, das Eltern nach der Geburt eines Kindes bekommen können, wenn sie eine Zeit lang nicht arbeiten. Auch auf viele andere Weisen beeinflusst die Politik, wie viel Geld deine Familie zur Verfügung hat. Etwa durch Steuererhöhungen oder -senkungen: Alle Menschen, die Geld verdienen, müssen Steuern zahlen. Das bedeutet, dass sie einen Teil ihres Geldes an den Staat abgeben müssen. Und der Staat bestimmt, wie groß dieser Teil sein soll. Außerdem ist gesetzlich geregelt, wie lange Eltern nach der Geburt eines Kindes zuhause bleiben dürfen, statt zur Arbeit zu gehen, und welche Unterstützungsmöglichkeiten es für Familien mit wenig Geld gibt.



Bildung

Für die Bildung, also etwa Schulen und Universitäten, sind in Deutschland die Bundesländer zuständig. Trotzdem hat die Bundespolitik (also die Politik für ganz Deutschland) auch Einfluss auf dein Schulleben. So stellt die Bundesregierung zum Beispiel für die technische Ausstattung von Schulen, Renovierungen und Neubauten oder für Programme für benachteiligte Schüler und Schülerinnen Geld bereit. Wenn du nach der Schule eine Ausbildung machen möchtest, wird das sogenannte Berufsbildungsgesetz für dich eine Rolle spielen: Es regelt die Rahmenbedingungen für Ausbildungen und Berufe. Und wenn du studieren willst, wirst du vielleicht durch das sogenannte Bafög finanziell unterstützt.



Klima und Umwelt

Ein im Jahr 2020 geborenes Kind wird in seinem Leben wohl dreimal so viele Überschwemmungen und siebenmal so viele Hitzewellen erfahren wie eine im Jahr 1960 geborene Person. Ohne dass das Kind etwas dafür kann! Denn für die Treibhausgase, die diesen Klimawandel verursacht haben, ist es nicht verantwortlich. Umso wichtiger ist es, dass Politiker und Politikerinnen Gesetze machen, die heute schon dafür sorgen, dass die Menschen auch noch in vielen Jahren in einer gesunden Umwelt leben können. Sie können etwa bestimmen, dass weniger Abgase in die Luft kommen dürfen, dass mehr Windräder gebaut werden oder dass weniger Plastikmüll produziert wird. Außerdem gestaltet die Bundesregierung die Zusammenarbeit mit anderen Ländern, etwa über Vereinbarungen wie das Pariser Klimaschutzabkommen.

Wer entscheidet?

In Deutschland darf ab einem Alter von 18 Jahren gewählt werden. Warum dürfen Kinder noch nicht wählen, obwohl sie die Politik auch betrifft? Darüber wird immer wieder diskutiert. Manche Menschen wollen sogar ein Wahlrecht ab Geburt. Die Eltern würden dann für ihre Kinder abstimmen. Viele fordern, dass das Wahlalter wenigstens auf 16 Jahre gesenkt werden soll, damit die jungen Leute mehr mitbestimmen können. Andere finden hingegen, die Jugendlichen wüssten noch nicht genug Bescheid, um so eine wichtige Entscheidung zu treffen. Inzwischen dürfen 16- und 17-Jährige zumindest bei der Europawahl und in einigen Bundesländern bei den Kommunal- und Landtagswahlen mitmachen.

